2.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Scheitern der Gesamtschule am Walter-Pauli-Ring" AN/1787/2021

Herr Seeck, SPD-Fraktion, bedankt sich bei Herrn Greitemann für sein Kommen. Er führt aus, dass das Thema Gesamtschule ein sehr wichtiges sei, insbesondere an dem Standort Kalk. Er bittet um Erläuterung, wann Herr Greitemann über die alternative Bebauung informiert worden sei und weiter informiert habe, dass das Areal nicht mehr für eine Gesamtschule bereitgestellt werde.

In dem Januar B-Verfahren Gießener Straße sei immer von einer ergänzenden und nicht von einer Ersatzmaßnahme ausgegangen worden.

Er führt aus, dass das erklärte Ziel die Schaffung einer Einigkeit sei, dass an dem Standort Kalk eine Gesamtschule realisiert werde.

Herr Greitemann, Verwaltung, bedankt sich für die Einladung zum Ausschuss Schule und Weiterbildung und bedauert die Irritationen bezüglich der Pressemitteilung der vergangenen Woche. Er betont, dass seine in der Presse gemachte Aussage richtig sei. Zum anderen habe man in dem Ausschuss Schule und Weiterbildung durch Herrn Robert Voigtsberger stets einen kongenialen Partner, der in seinem Sinne im Thema Schulbau spräche.

Herr Greitemann teilt mit, dass ihm die Überlegungen des BLB *(**B**au- und **L**iegenschafts**b**etrieb NRW)* und des Landes bezüglich der Nutzung des im Besitz des BLB befindlichen Grundstückes am Walter-Pauli-Ring seit Mitte 2019 bekannt seien. In 2018 habe der BLB bestätigt, dass die Nutzung des Grundstückes für eine weiterführende Schule der Stadt Köln frühestens nach Nutzung des Grundstückes für ein Interimsgebäude der Technischen Hochschule Köln, welches im Zuge der Entwicklung des Standortes in Deutz genutzt werden sollte, zur Verfügung stehen könne.

Die zusätzlichen Überlegungen des Innenministeriums und der Polizei seien ihm Mitte 2019 bekannt gegeben worden. Auf Grundlage dieser Informationen und der Tatsache, dass konkrete Planungen für eine Interimsnutzung der TH Köln noch nicht bekannt waren, habe er die die Gebäudewirtschaft beauftragt, eine Alternative für den notwenigen Standort einer weiterführenden Schule in möglichst unmittelbarer Nähe zu suchen. Dies sei in 2019 geschehen. Es dauere seine Zeit bis man Grundstücke eruiert habe. Dies mündete in der Vorlage 3395/2020, in der das Ziel formuliert worden sei, einen Standort an der Gießener Straße, im Bereich Nr. 45-47 (Mercedes-Grundstück) planungsrechtlich für einen Schulstandort zu sichern. In der Vorlage sei auch ganz bewusst auf den Schulentwicklungsplan Nummer M98 und die Schulbauprioritätenliste Nr. 107 Bezug genommen worden. Die Vorlage sei im Ausschuss Schule und Weiterbildung, in der Bezirksvertretung Kalk sowie im Stadtentwicklungsausschuss behandelt worden.

Er verstehe seine Aufgabe als Dezernent gerade im Bereich Führung und Management so, dass, sobald er Kenntnis von einem Risiko habe, umgehend Alternativ-Szenarien sucht.

Alleine die Überlegungen für die Interimsfläche der TH Köln hätten ihn veranlasst, nach einem Alternativgrundstück zu suchen.

Im Laufe der Planung des BLB sei für ihn bereits zu diesem Zeitpunkt klar gewesen, dass ein Interim für die TH Köln keinesfalls in 2026 beseitigt sein würde.

Die Überlegungen der Polizei in 2019 hätten die Wahrscheinlichkeiten erneut herabgesetzt, dass der Zugriff durch die Stadt auf ein Minimum reduziert würde. Er zitiert hierzu den Satz aus der Vorlage (S. 2, letzter Satz): „Da der bisher von der Bezirks-

vertretung 8 favorisierte Standort Walter-Pauli-Ring nicht zur Verfügung steht, ist kurzfristig ein alternativer Standort zu sichern und zu entwickeln."

Herr Greitemann führt aus, dass dieser zitierte Satz fast schon zu „streight" *(übersetzt: gradlinig)* gewesen sei, weil die Verhandlungspartner hätten denken können, dass die Stadt Köln an der Beplanung dieses Standortes nicht festhalte.

Daher sei immer wieder Kontakt zu den Verhandlungspartnern gehalten worden, verbunden mit der Frage, ob trotz der Überlegungen der Zugriff auf dieses Grundstück möglich sei. Diese Fragen hätten bis zu der nun vom Eigentümer getroffenen Entscheidung im Raum gestanden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben bedankt sich für die Darstellung.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verstehe den Sinn der aktuellen Stunde nicht, da das Grundstück allenfalls 2026 zur Verfügung gestanden hätte und keinesfalls kurzfristig. Frau Hölzing habe den Eindruck gehabt, man sei umsichtig über die Situation informiert worden. Vor allem durch den Schulentwicklungsplan (M98). Sie appelliert an die Verwaltung und die Politik gemeinsam nach vorne zu blicken und hofft darauf, dass schnellst möglich Ersatz für diesen Standort realisiert werde, so dass weitere Gesamtschulplätze in den Bereich Kalk kommen.

Frau Hölzing bittet Herrn Voigtsberger darum aufzuzeigen, wie es in Kalk weiter gehen könne und was die Verwaltung unternimmt, um dort weitere Gesamtschulplätze zu realisieren.

Frau Aengenvoort, CDU-Fraktion, bedankt sich bei Herrn Greitemann für sein persönliches Erscheinen und versteht die Aktuelle Stunde ebenfalls nicht. Sie ist der Meinung, dass die Verwaltung richtig gehandelt habe.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, spricht sich weiterhin für die Aktuelle Stunde aus. Man habe sei 2015/2016 dieses Grundstück für die Gesamtschule Kalk anvisiert. Er kritisiert, dass die Landesregierung die Stadt Köln bei solchen Notlagen (Flächennot und Flächenkonkurrenz) im Stich lasse, gerade auch bei diesem Grundstück. Er erwarte von der Verwaltungsspitze, dass sie sich beim Land für einen Interim stark mache. Es sei bekannt, dass die Stadt Köln enorme Probleme habe, Grundstücke für große Schulen oder Gesamtschulen zu bekommen. Man hätte diesbezüglich mit dem Land ins Gespräch kommen und auf die Flächennot verweisen und überlegen müssen, ob es nicht andere Lösungen gebe.

Es solle überlegt werden, ob man nicht, hinsichtlich der immer größer werdenden Probleme im Schulbau, eine Task-Force, angesiedelt im OB-Büro, schaffen könne. Damit könne man Kommunikationsproblemen in diesem Thema begegnen.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, dankt der Verwaltung, dass Alternativen gesucht und gefunden würden. Sie versteht die Aktuelle Stunde ebenfalls nicht, da ein guter Informationsfluss bereits im Januar 2021 stattgefunden habe und bittet ebenfalls darum nach vorne zu blicken.

Herr Bauer-Dahm, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, teilt mit, dass die Polizei von Anfang an die Platznot mitgeteilt habe. Ihm sei daher klar gewesen, dass dieses Grundstück nicht zur Verfügung stehe. Auch auf Landesebene habe man sich nicht genügend um das Grundstück bemüht.

Herr Seeck, SPD-Fraktion, bedankt sich bei Herrn Greitemann für sein Kommen und die sachlichen Informationen. Er halte es für wichtig, dass die Verwaltung und Politik in Dialog treten würden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben fragt, ob Herr Greitemann einen Hinweis geben könne, was die sinnvollste Variante sei, um thematisch weiter voranzukommen.

Herr Greitemann, Verwaltung, erwidert, dass er keine Empfehlung geben möchte. Er betont, dass ihm die beiden konkurrierenden Nutzungen des Landes bekannt gewesen seien, Herrn Voigtsberger und der Schulverwaltung nicht. Es habe ihm nicht zugestanden, offen darüber zu reden. Eine gegenseitige vertrauensvolle Zusammenarbeit in Schulbauthemen zwischen beiden Dezernenten bestehe jedoch weiterhin.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben bedankt sich bei Herrn Greitemann für sein Kommen und fragt den Ausschuss Schule und Weiterbildung, wie die „Aktuelle Stunde“ abzuschließen sei.

Fraktion Bündnis 90/die Grünen, CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und die Fraktion VOLT möchten die Aktuelle Stunde als erledigt erklären.

SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke möchte die Verwaltung beauftragen, den Standort Kalk als Gesamtschulstandort voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis:

Die Sache ist erledigt.

2.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Verlässlichkeit im Präsenzunterricht" AN/1593/2021

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, teilt mit, dass im Hauptausschuss der Antrag in den Ausschuss Schule und Weiterbildung verwiesen wurde, sowie auf Wunsch der SPD-Fraktion gleichzeitig in den Gesundheitsausschuss. Nun werde ein interfraktioneller Ersetzungsantrag eingereicht.

Entgegen der Verordnung des Landes habe das Gesundheitsamt Kinder weiterhin gruppen- oder klassenweise in 14-tägige Quarantäne geschickt, wenn ein Fall in der Klasse oder Gruppe bekannt geworden sei. Frau Ruffen bittet darum, dass man sich an die Verordnungen des Landes halte.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, erläutert, dass er den abgestimmten Antrag nicht kenne und hätte zu dem Sachzusammenhang gerne eine Stellungnahme der Verwaltung. Nach seinen Informationen würden in Köln nicht ganze Klassen in Quarantäne geschickt und würde gerne den Standpunkt des Gesundheitsamtes dazu erfahren. Er halte den Gesundheitsausschuss für das geeignetere Gremium und würde daher den vorgetragenen Antrag nicht unterstützen.

Herr Voigtsberger, Verwaltung, teilt mit, dass er nicht für das Gesundheitsamt sprechen könne, weil die Corona-Testverordnung möglicherweise Ausnahmen zulasse, die dann auch durch das Gesundheitsamt vollzogen werden müssen. Er würde dazu eine Stellungnahme des Gesundheitsamtes einfordern. Er weist auf die Aussage der Schulministerin hin, die sich für eine allgemeingültige Regelung stark gemacht habe und empfiehlt, an dieser Stelle das Gesundheitsamt zu hören, um auf dieser Grundlage eine solide Einschätzung zu erhalten.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, teilt mit, dass die Formulierung dahingehend sei, dass grundsätzlich nach Landesverordnung gehandelt werden solle und da sie möchte, dass die Kinder im Präsenzunterricht beschult werden und in den Kindergarten gehen